



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 20
Dienstag, 17. Dezember 2019
18:00 - 19:28 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 7. Januar 2020

| | | |
|---------------------------------|--|------------------|
| Vorsitz: | Hermann Schlatter | SVP |
| Protokoll: | Sandra Ehrat | Ratssekretärin |
| Stimmzähler: | Michael Mundt Jeanette Grüninger Dr. Nathalie Zumstein | SVP SP CVP |
| Anwesend: | Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder | |
| Entschuldigt: Ganze Sitzung: | Angela Penkov Martin Egger | AL FDP |

TRAKTANDEN

| | | |
|---|---|-----------------|
| 1 | Vorlage des Stadtrats vom 24. September 2019: Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren | Seite 6 |
| 2 | Volksmotion vom 23. September 2019: Erhalt der Busnische Post Buchthalen | Seite 16 |

PENDENTE GESCHÄFTE 2019**VdSR, Interpellationen, Postulate, Kleine Anfragen, Diverses
Eingang Nr., Von, Titel des Geschäfts**

VdSR

| | | |
|------------|--|-------------|
| 06.08.2019 | VdSR: Entwicklung Kammgarn | 11-er SPK |
| 15.08.2019 | VdSR: Abgabe der Liegenschaft Rheinschulhaus im Baurecht an die "Stiftung Forum für Weiterbildung" | GPK |
| 10.09.2019 | VdSR: Abschlussbericht zur Umsetzung der Massnahmen Frühe Förderung in der Stadt Schaffhausen. | FK Soziales |
| 12.11.2019 | VdSR: Duraduct mit Lift, Planungskredit (Agglomerationsprogramm 1, Massnahme 33) | FK Bau |
| 14.11.2019 | VdSR: Revision der Verordnung über die Gebühren im Baubewilligungsverfahren (RSS 780.1) | GPK |
| 26.11.2019 | VdSR: Neubau Hallenbad der "KSS" Schaffhausen, Grundsatzentscheid und Kredit für Planungsgrundlagen | FK Bau |

Motion

| | |
|------------|--|
| 17.09.2019 | Nr. 3: Motion Christian Ulmer (SP): Grosser Stadtrat zurück zu alter Stärke: 50 statt 36 Mitglieder |
| 17.12.2019 | Nr. 4: Motion Mariano Fioretti (SVP): Schluss mit der Verlegung von Bushaltestellen aus Nischen auf die Fahrbahn! |
| 17.12.2019 | Nr. 5: Motion Matthias Frick (AL): Ausbau der Volksrechte: Volkspostulat |

Interpellationen

Keine.

Postulate

| | |
|------------|---|
| 07.05.2019 | Nr. 12: Postulat Marco Planas (SP): Sportstadt Schaffhausen |
| 03.06.2019 | Nr. 14: Postulat Christian Ulmer (SP): Verkehrssicherheit rund um die Schulhäuser verbessern |
| 03.06.2019 | Nr. 15: Postulat Stefan Marti (SP): Konkurrenzfähige Lehrerinnen- und Lehrerlöhne z.B. durch die Wiedereinführung einer Ortszulage |
| 20.08.2019 | Nr. 17: Postulat Bea Will (AL): Gender-, familien- und rollstuhlgerechte öffentliche Toiletten |
| 20.08.2019 | Nr. 19: Postulat Diego Faccani (FDP): Ist die heutige Struktur der Städtischen Werke noch zweckdienlich? |

- 20.08.2019 **Nr. 20: Postulat Nicole Herren (FDP):** Transparenz bei Vergabepaxis von öffentlichem Grund
- 03.09.2019 **Nr. 21: Postulat Till Hardmeier (FDP):** Rheintreppen anstatt R(h)einrutschen
- 03.09.2019 **Nr. 22: Postulat Monika Lacher (SP):** Attraktivierung des Walther-Bringolf-Platzes
- 03.09.2019 **Nr. 23: Postulat René Schmidt (GLP):** SH POWER Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien
- 17.09.2019 **Nr. 24: Postulat Ibrahim Tas (SP):** Blindenleitsystem
- 12.11.2019 **Nr. 25: Postulat Raphael Kräuchi (GLP):** Sichere Fussgängerwege in der Stadt Schaffhausen
- 04.12.2019 **Nr. 26: Postulat Ibrahim Tas (SP):** Denkmal oder Informationsmuseum zur Würdigung für den Beitrag der Einwanderer/Gastarbeiter
- 17.12.2019 **Nr. 27: Postulat Nicole Herren (FDP):** Parkieren leicht gemacht - zum Beispiel mit SEPP

Kleine Anfragen

- 29.10.2019 **Nr. 31: Kleine Anfrage Dr. Nathalie Zumstein (CVP):** Konzessionsgebühren für private Entsorgungsfirmen?
- 29.10.2019 **Nr. 32: Kleine Anfrage Iren Eichenberger (Grüne):** Rhybadisaison 2020 ohne Lärm und Staub
- 29.10.2019 **Nr. 33: Kleine Anfrage Dr. Bernhard Egli (GLP):** Fussgängerstreifen verschwunden!
- 12.11.2019 **Nr. 34: Kleine Anfrage Res Hauser (JFSH):** Werden Parkplätze auf dem Stadtgebiet ersatzlos gestrichen?
- 26.11.2019 **Nr. 35: Kleine Anfrage Michael Mundt (SVP):** Altstadtverschandelung im Namen des Behindertengleichstellungsgesetzes
- 17.12.2019 **Nr. 36: Kleine Anfrage Stephan P. Schlatter (FDP):** Möglichkeit der Entfernung des Altbaus der KSS

Diverses

(VdSR = Vorlage des Stadtrats)

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019: Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren

Der Grosse Stadtrat heisst die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019 betreffend "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren" in der Schlussabstimmung mit 20 : 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019 betreffend Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren.

Traktandum 2 Volksmotion vom 23. September 2019: Erhalt der Busnischen Post Buchthalen

Die Volksmotion wird vom Büro des Grossen Stadtrats begründet und im Grossen Stadtrat diskutiert.

Die Volksmotion wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen als ungültig erklärt.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Hermann Schlatter (SVP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 20 vom 17. Dezember 2019 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne, speziell die Besucherinnen und Besucher von Hemmental sowie der Medienberichtersterterinnen und Medienberichterstatter.

DIE RATSMITGLIEDER HABEN ERHALTEN ODER ES LIEGEN HEUTE AUF IHREN PULTEN AUF:

Es sind keine neuen Unterlagen eingegangen.

VERHANDLUNGSBEREIT GEMELDETE GESCHÄFTE:

- Die Geschäftsprüfungskommission meldet die Vorlage des Stadtrats vom 15. August 2019: "Abgabe der Liegenschaft Rheinschulhaus im Baurecht an die Stiftung Forum für Weiterbildung" als verhandlungsbereit.

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

Gestützt auf Art. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats bewillige ich Jimmy Sauter von der AZ das Fotografieren an dieser Ratssitzung.

ANWESENHEITSKONTROLLE:

Bevor wir zu den Zuweisungen kommen, haben wir die Anwesenheitskontrolle durchzuführen. Gemäss § 12 Abs. 1 des kantonalen Reglements ist zu Beginn jeder Sitzung des Grossen Stadtrats eine Testabstimmung durchzuführen, die zugleich als Anwesenheitskontrolle dient. Sollten Sie feststellen, dass Sie nicht erfasst werden, melden Sie sich unverzüglich bei den Stimmzählenden.

| |
|---|
| <i>Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.</i> |
|---|

ZUWEISUNGSVORSCHLÄGE DES BÜROS:

- Das Büro des Grossen Stadtrats schlägt Ihnen vor, die Vorlage des Stadtrats vom 14. November 2019: "Revision der Verordnung über die Gebühren im Baubewilligungsverfahren (RSS 780.1)" der Geschäftsprüfungskommission zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Das Büro des Grossen Stadtrats schlägt Ihnen vor, die Vorlage des Stadtrats vom 26. November 2019: "Neubau Hallenbad der "KSS" Schaffhausen, Grundsatzentscheid und Kredit für Planungsgrundlagen" der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

PROTOKOLL

Aktuell liegen keine vom Büro geprüften Protokolle vor, welche wir heute genehmigen könnten. Das Protokoll der Budgetsitzung vom 26. November 2019 ist bei den Büromitgliedern zur Korrekturlesung.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt und in den Medien publiziert.

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 24. September 2019:
Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den
Quartieren**

Hermann Schlatter (SVP)**Ausführungen**

"Weil immer wieder Fragen zum Instrument "Bericht" beziehungsweise "Orientierungsvorlage" des Stadtrats aufkommen, habe ich den Rechtsdienst der Stadtkanzlei gebeten, mir dazu Ausführungen zu machen. Der stellvertretende Stadtschreiber Marijo Caleta hat sich dazu wie folgt geäussert.

Mit Hilfe einer klassischen beziehungsweise reinen Orientierungsvorlage bezweckt der Stadtrat vorfrageweise die Haltung des Grossen Stadtrats zu einem bestimmten Vorhaben in Erfahrung zu bringen und idealerweise das eigene geplante Vorgehen von diesem absegnen zu lassen. Die Orientierungsvorlage dient also primär der Information des Grossen Stadtrats.

Unter diesen Umständen hat aber auch die Zustimmung des Grossen Stadtrats zur Weiterverfolgung eines gewissen Vorhabens keine eigentliche konstitutive Wirkung, sondern ist eher deklaratorischer Natur. Insofern ist die Verweigerung der Zustimmung zu einer Orientierungsvorlage durch den Grossen Stadtrat für den Stadtrat nicht bindend, da keine Anträge gestellt wurden, die die Kompetenz des Stadtrats übersteigen. Vernünftigerweise wird der Stadtrat aber die vom Grossen Stadtrat gemachten Anregungen und Äusserungen beim weiteren Vorgehen des Geschäfts berücksichtigen.

Mit der Orientierungsvorlage haben wir als Grosser Stadtrat also keine gesetzliche Grundlage, dass wir etwas verändern können. Ein Antrag auf eine Änderung von Anordnungen, die in der Verantwortung des Stadtrats sind, ist nicht zulässig. Wenn Sie etwas ändern wollen, dann müssen Sie motionieren, entweder ein Gesetz ändern, das heisst in unserem Fall eine Verordnung schaffen, damit der Stadtrat anschliessend verpflichtet ist, etwas in die Wege zu leiten. Hier im Bericht können wir keine solche Anträge diskutieren und auch nicht darüber abstimmen. Was wir können und das haben Ratsmitglieder im Rahmen des Budgets gemacht, uns zu den finanziellen Auswirkungen zu äussern. Doch dort hat der Rat beschlossen, die geplanten Ausgaben, wie vom Stadtrat beantragt, im Rahmen des Budgets zu bewilligen und nicht wie von Grossstadtrat Markus Leu (SVP) beantragt, mit einer separaten Kreditvorlage zu bewilligen.

Nachdem es sich bei diesem Geschäft um Verkehrsanordnungen handelt, kommt dem Stadtrat die Kompetenz, gestützt auf das kantonale Strassengesetz und weitere strassenrechtliche Bundesbestimmungen, zu Gute. Somit stuft der Rechtsdienst auch das Einreichen von Motionen zu diesem Thema nicht als wahnsinnig effektiv ein.

Der Stadtrat kann dadurch ebenfalls nicht an der Ausübung seiner Kompetenzen gehindert werden. Hier wäre das Erheben von Einsprachen auf die im Amtsblatt

ausgeschriebenen einzelnen Verkehrsanordnungen am wirkungsvollsten.

Soweit meine Abklärungen in dieser Sache."

Markus Leu (SVP)

**Bericht aus der Fachkommission für
Bau, Planung, Verkehr und Umwelt**

"Ich muss Sie enttäuschen, denn es gibt keinen Kommissionsbericht, da es sich bei dieser Vorlage lediglich um eine Orientierungsvorlage handelt. Das heisst, dass Stadtrat Simon Stocker uns lediglich informiert hat über die vorgesehenen Massnahmen um den Parkierungsdruck zu reduzieren. Wir können diese Vorlage nur zur Kenntnis nehmen und haben eigentlich gar nichts dazu zu sagen. Deshalb gab es in der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt weder eine Eintretensdebatte, noch eine Detailberatung und auch keine Schlussabstimmung.

Natürlich konnten wir Fragen stellen, die alle kompetent beantwortet wurden. Ich kann nur so viel sagen, dass diese Vorlage unterschiedlich gut aufgenommen wurde. Die Einen fanden sie gut und waren fast begeistert, die Anderen fanden sie schlecht und waren nur mit einer Orientierungsvorlage nicht einverstanden. Sie forderten eine ordentliche Vorlage mittels Rückweisungsantrag.

Diesen Rückweisungsantrag konnte ich jedoch nicht entgegennehmen, da, wie schon erwähnt, es sich bei dieser Orientierungsvorlage lediglich um eine Information des Stadtrats handelt, die wir zur Kenntnis nehmen können oder nicht.

Mehr gibt es aus der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt nicht zu berichten. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Rainer Schmidig (EVP)

glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Die Mitte-Fraktion nimmt die Orientierungsvorlage "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren" mit Genugtuung zur Kenntnis. Die Massnahmen sind gezielt und mit den Quartiervereinen abgesprochen. Zudem entsprechen die Massnahmen genau denjenigen, die bei der Besprechung der Quartierparkierungsverordnung auch von den Gegnern gefordert wurden, punktuelle Massnahmen in den Brennpunkten des Parkierungsdrucks.

Auch sind wir klar der Meinung, dass wer den öffentlichen Grund über längere Zeit beansprucht, dafür eine angemessene Gebühr zu entrichten hat.

Mit diesen Massnahmen wird zudem auch die Verkehrssicherheit, wie zum Beispiel an der Randenstrasse, für alle Verkehrsteilnehmer erhöht. Die notwendigen Mittel zur Umsetzung sind mit dem Budget bewilligt worden und sind für uns angemessen.

Fazit: Wir nehmen die Orientierungsvorlage im positiven Sinn zur Kenntnis und sind gespannt auf die ersten Auswertungen der Wirkung dieser vorgesehenen Massnahme."

Jeanette Grüninger (SP)**SP/JUSO-Fraktionserklärung**

"Gerne verlese ich Ihnen die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion zur Orientierungsvorlage "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren".

Unsere Fraktion hat den Bericht besprochen und zur Kenntnis genommen. Er wurde verfasst, auf das Drängen der Quartierbevölkerung, um die Not der Bewohner zu lindern, die um die Parkplätze und mit dem damit verbundenen Autoverkehr in ihren Strassen zu kämpfen haben. Das vorgeschlagene Konzept ist punktuell mit den Anwohnern erarbeitet worden und beinhaltet ihre Anliegen und die Ratschläge des Grossen Stadtrats innerhalb der Debatte um die Quartierparkierungsvorlage. Der Stadtrat hat gehandelt und Massnahmen ergriffen, wo es am nötigsten ist. Die vorgeschlagenen Lösungen liegen in der Kompetenz des Stadtrats. Wir begrüssen dieses Vorgehen, da hier auf Zustände reagiert wurde, die für einen Teil unserer Einwohner zu täglichem Unmut geführt hat. Auf diesem Weg wird das wilde Parkieren eingedämmt und einzelne Quartierstrassen sollten so entlastet werden.

Das von einigen Mitgliedern des Grossen Stadtrats kritisierte Vorgehen kann auch so interpretiert werden. Der Stadtrat wurde auf seiner Vorwärtsfahrt ausgebremst und läuft nun im Standgas. Ein Retourgang finden sie nicht da der Druck der Quartierbewohner sie daran hindert. Sie suchen ein neues Gefährt und werden fündig in einem umweltfreundlichen Hybrid mit automatischer Parkplatzsuche und Einparkhilfe. Wir wissen, dass sie endlich geparkt, dort nicht stehen bleiben. Auch für sie gilt die Bewilligungsdauer von 4 Stunden an verkehrstechnisch kritischen Orten zum Wohle der Anwohner und das könnten ja auch Sie sein. Dieses Vorgehen können wir nicht büssen. Besten Dank."

Till Hardmeier (FDP)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

"Das Volk hat klar Nein gesagt zur Quartierparkierverordnung. Der Stadtrat bringt nun eine Orientierungsvorlage ohne Mitsprachemöglichkeit von uns. Uns stört das. Das ist rechtlich vielleicht haltbar, aber weder demokratisch noch anständig.

Zur inhaltlichen Kritik haben wir drei Punkte:

- Diskriminierung: Es gibt Strassen an denen können die Anwohner weiterhin gratis parkieren und in andern Strassen nicht, da kann man nur 4 Stunden parkieren. Das gleiche gilt für die Besucher.
- Konsultation der Quartiervereinspräsidenten. Ich habe meinen angeschrieben und gefragt, warum wurde dies so entscheiden, dass wir nur noch 4 Stunden parkieren dürfen? Warum wurden wir nicht gefragt? Seine Antwort war, er habe das nicht selber entschieden. Es gab eine Orientierung aber am Schluss hat das die Stadt entschieden. Was wir hier serviert bekommen ist nicht das, was ich in meinem Quartier selber abgeklärt habe.
- Versteckter Parkplatzabbau, wenn man nur noch 4 Stunden parkieren kann. Entweder muss ein Parkplatz gemietet oder eine andere Lösung muss gesucht werden. Hier haben wir wieder ein Beispiel, wie wir schon letzte Woche hatten. Der Stadtrat ist einfach gegen Autos und gegen Parkplätze. Das ist der mitte-links Kurs, den wir hier erleben. Unsere Fraktion findet dieses Vorgehen nicht gut.

Wir sind nicht einverstanden, haben zwar keine rechtliche Handhabe aber wir möchten, dass diese Regeln nachgebessert werden und dass die Leute in den verschiedenen Strassen gleich behandelt werden."

Markus Leu (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Es freut mich, Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion vorzutragen.

Unsere Fraktion versteht nicht, weshalb der Stadtrat uns nur eine Orientierungsvorlage vorlegt. Offenbar will er nicht, dass wir Volksvertreter dazu etwas sagen, obwohl das Vorhaben bei der Parkierungsabstimmung im Volk gross umstritten war.

Dass wir aus Sicht des Sicherheitsreferenten dazu nichts zu sagen haben, hat er in seinen Ausführungen, sowohl in der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt wie hier im Rat anlässlich der Budgetsitzung, deutlich zum Ausdruck gebracht. Im Grunde genommen ist es schade um die Zeit.

Trotz allem erlauben wir uns noch ein paar Worte zu dieser Orientierungsvorlage zu verlieren.

Wir verstehen nicht, weshalb der Stadtrat dem Parlament nur eine Orientierungsvorlage und keine ordentliche Vorlage unterbreitet hat. Anscheinend will der Stadtrat einer Diskussion aus dem Wege gehen. Wir sind überzeugt, dass die hier ausgewiesenen Gelder nicht ausreichen um das Vorgesehene umzusetzen. Für uns riecht das stark nach Salamtaktik.

Wir fordern den Stadtrat auf, entlang der Neu- und Nordstrasse wiesenseitig Gratisparkplätze auf dem sehr schwach benutzen, nicht befestigten Trottoir, zu schaffen. Denn wenn in Stadtnähe genügend Gratisparkplätze vorhanden sind, kommt es keinem Autofahrer in den Sinn, auf den hinteren Quartierstrassen der Breite zu parkieren. Mit dem Schaffen dieser Parkplätze würden sich einige in der Vorlage aufgeführten Massnahmen erübrigen.

Seltsam findet unsere Fraktion auch, dass mit der ersten Vorlage, welche vom Volk deutlich abgelehnt wurde, drei zusätzliche Stadtpolizisten gefordert wurden. Und nun auf einmal braucht es kein zusätzliches Personal mehr. Wir befürchten, dass auch hier reine Salamtaktik betrieben wird und mit einem der nächsten Budgets zusätzliches Personal beantragt wird. Wir werden deshalb dieses Vorhaben mit wachsamem Auge begleiten.

Aus den erwähnten Gründen ist unsere Fraktion grossmehrheitlich mit dieser Orientierungsvorlage nicht einverstanden. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Simon Sepan (AL)**AL-Fraktionserklärung**

"Unser Kommissionssprecher aus der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt hat ja erwähnt, dass gewisse Personen in der Kommission begeistert waren und andere nicht. Wir von der AL gehören auch zu den Leuten, die weniger begeistert sind von der Vorlage, aber wahrscheinlich aus einem anderen Grund als die rechte Ratsseite.

Ich mag mich noch daran erinnern Stephan P. Schlatter (FDP) hat gesagt mit der ursprünglichen Quartierparkierungsvorlage wurde mit Atombomben auf Spatzen geschossen und heute schießen wir mit Kieselsteinen auf Elefanten mit dieser Orientierungsvorlage.

Es ist unbestritten, dass in gewissen Quartieren und vor allem an gewissen Strassen ein extremer Pendelverkehr herrscht. Diesem versucht man jetzt Herr zu werden mit den Inhalten dieser Orientierungsvorlage. Wir sind uns nicht sicher, ob das reicht. Das Problem, welches wir befürchten ist, dass sich dieser Pendlerverkehr dann von den einen auf die anderen Quartierstrassen verlegt. Das haben wir bei der ursprünglichen Quartierparkierverordnung auch gesagt.

Wir hoffen natürlich, dass hier ein Monitoring stattfindet und man dann in ein paar Jahren schauen kann, wie die Auswirkungen sind und ob sich diese Pendelströme in andere Quartiere oder Strassen verlagert haben. Dann müssen wir dort wieder neue Schilder aufstellen und alles verlagert sich wieder und so weiter und dann müssen wir schlussendlich mit einer neuen Verordnung kommen. Wir sind gespannt."

SR Simon Stocker

Stellungnahme Stadtrat

"Ich habe mich vorbereitet, aber auf gewisse Voten kann man sich nicht vorbereiten, weil sie so abenteuerlich sind, dass ich noch etwas kreativ sein muss, um Ergänzungen anzubringen.

Wir haben jetzt das Rätsel zum Instrument Orientierungsvorlage gelöst. Trotzdem möchte ich noch auf einige Punkte hinweisen.

Zur Ausgangslage

Sie alle wissen, dass das Thema des Parkierungsdrucks in den Quartieren seit vielen Jahren ein Thema ist und die Bevölkerung schon lange nach Lösungen verlangt. Mit der Vorlage des Stadtrats vom 31. Oktober 2018 wollte der Stadtrat eine gesamtstädtische Lösung, welche die Einheimischen schützt und auswärtige Pendlerinnen und Pendler (aus Konstanz, Waldshut, Thurgau und Zürich) gezielt auf öffentliche Parkplätze steuern will. Der Stadtrat wollte zudem mit dieser Lösung verhindern, dass nur Massnahmen in einzelnen Quartiere ergriffen werden und es dann zu Ausweichbewegungen kommt. Deshalb hat der Stadtrat eine Vorlage gemacht, die drei Elemente enthielt:

1. Die Einführung einer gesetzlichen Grundlage, um besagte Unterscheidung in Schaffhauserinnen und Schaffhauser und Auswärtige zu machen. Dafür ist eine Verordnung notwendig. Der Erlass einer Verordnung untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat und der Grosse Stadtrat haben damals gesagt, wir unterstellen diese Verordnung dem obligatorischen Referendum und das Volk soll über diese gesetzliche Unterscheidung abstimmen können.
2. Basierend auf dieser Verordnung hat der Stadtrat aufgezeigt, wie das Problem gesamtstädtisch gelöst werden soll. Für die Umsetzung dieser Lösung und der genauen Bezeichnung, in welchem Quartier diese weissen Zonen eingeführt werden sollen, ist abschliessend der Stadtrat zuständig. In diesem Jahr haben wir schon mehrere neue Schilder aus unterschiedlichen Gründen aufgestellt. Es ist nicht einmal der Stadtrat, der zuständig ist, sondern die Stadtpolizei ist für den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit zuständig. Sie stellen die Schilder auf

und nicht der Grosse Stadtrat. Da sind wir uns hoffentlich einig darüber. Wir sind doch nicht ernsthaft der Meinung, dass wir hier im Grossen Stadtrat oder mit einer Bevölkerungsumfrage in den Quartieren entscheiden, wo wir ein Verbotsschild aufstellen. Sind Sie bitte so seriös, dass Sie festhalten, dass diese Kompetenzen beim richtigen Ort sind, nämlich bei der Stadtpolizei und der Stadtverwaltung.

3. Mit der besagten Lösung wurden auch wiederkehrende Personalkosten zur Umsetzung der Lösung über das Budget und einmalige Investitionen mit der Vorlage notwendig. Wir haben uns politisch geeinigt, dass da zwei Stadtpolizisten zusätzlich für die ganze Stadt benötigt werden. Für diese Initialkosten von 410'000.00 Franken ist abschliessend der Grosse Stadtrat zuständig. Stadtrat und Grosser Stadtrat waren beide der Auffassung, dass diese Verordnung dem obligatorischen Referendum unterstellt wird.

Also die Verordnung wurde zur Abstimmung gebracht und nichts Anderes. Deshalb haben wir Ihnen damals eine Vorlage unterbreitet und heute nur eine Orientierungsvorlage, weil der Stadtrat in der Zwischenzeit schon längst selber Schilder hätte aufstellen können. Wir wollen Sie damit orientieren. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben keine Angst vor einer demokratischen Mitsprache. Wir wollen diese gewähren, obwohl wir das nicht hätten müssen.

In der Volksabstimmung von anfangs Jahr wurde dann die Vorlage, also die Verordnung, abgelehnt. Damit hatte der Stadtrat keine rechtliche Grundlage zur Einführung von weissen oder auch blauen Zonen, um Einheimische und Auswärtige unterschiedlich zu behandeln.

Bereits damals wurden öffentlich und im Grossen Stadtrat einige Punkte zur Thematik hervorgehoben, in welchen ich Befürworterinnen und Gegnerinnen einig waren. Gerne zitiere ich deshalb einige dieser Aussagen an dieser Stelle:

Grossstadtratspräsident Hermann Schlatter (SVP):

"Nehmen Sie die vordere Breite, wo wir das Problem haben. Es drängt sich in die Villenstrasse, ums Schützenhaus, die Freistrasse und die vordere Nordstrasse bis zu den Praxen Nord. Gehen wir hin und schaffen Parkplätze mit günstigen Gebühren vor dem Zeughaus und beim Schützenhaus im hinteren Teil. Gehen wir hin und belegen die Nordstrasse, die Breitenaustrasse, die Randenstrasse und die Rietstrasse mit einem generellen Parkverbot und schliessen wir die Querstrassen und sagen, dass diese nur für Anwohner und Zubringerdienst sind."

Fachkommissionspräsident Markus Leu (SVP):

"Parkzonen mit günstigen Gebühren für Pendler vor dem Zeughaus und beim Schützenhaus. Ein generelles Parkverbot für die Hauptverkehrsachsen. Eine Einschränkung mit der Signalisation Zubringerdienst und Anwohner gestattet an sämtlichen Nebenstrassen sowie Parkzeitbegrenzung bei den Nebenstrassen entlang der Steigstrasse und dem Bühlsportplatz."

Walter Hotz (SVP), SVP-Stellungnahme:

"Die SVP sieht ein, dass Abhilfe geschaffen werden muss, dies aber mit einem optimalen Parkregime, so insbesondere punktuell bei Brennpunkten in altstadtnahen Quartieren. Sie vertritt aber die Meinung, mit grossen kostengünstigen Park- und Ride-Parkplätzen an der Peripherie, so zum Beispiel vor dem Zeughaus, im hinteren Teil des Schützenhauses oder beim Bahnhof Herblingen, der Situation gerecht zu werden."

Georg Merz (Grüne)

"Diese drei Zeilen (er meint die Gebührenerhebung auf gewissen Parkplätzen) sind der beste Teil der Vorlage. Diese Massnahme wird das Problem lösen, weil ein attraktives Angebot die Pendler in ihrem Parkverhalten beeinflussen wird. Es wäre wünschenswert, wenn diese Massnahmen umgesetzt würden, egal was mit der Vorlage geschieht."

Nach dieser verlorenen Volksabstimmung über diese Verordnung war es für den Stadtrat klar, dass er nicht einfach den Kopf in den Sand steckt. Das Problem ist so nicht weg, nur, weil wir keine Verordnung schaffen konnten. Wir sind es seit Jahren der Bevölkerung schuldig, dass wir dieses Problem lösen. Das haben wir gemacht.

Diese obenerwähnten Voten hat der Stadtrat aufgenommen und ernst genommen. Der Stadtrat hat die Quartiere festgelegt, wo heute bereits Probleme bestehen. Er ist dafür mit einer Delegation der Quartiervereine zusammengesessen und hat problematische Strassen und geeignete Massnahmen bezeichnet. Er hat und musste dies mit den bestehenden gesetzlichen Mitteln machen.

Der Stadtrat könnte diese besagten Massnahmen in eigener Kompetenz umsetzen. Genauso wie er heute bereits eine Signalisationsänderung durchführen kann. Und wir sind uns ja wohl einig, dass das Aufstellen eines Verbotsschildes nicht zu den Aufgaben des Grossen Stadtrats gehört. Es ist dem Stadtrat jedoch auch ein Anliegen, dem Grossen Stadtrat und der Bevölkerung auf geeignete Weise Auskunft über die nun getroffenen Massnahmen zu geben. Zudem hätte in der Fachkommission die Möglichkeit bestanden, Hinweise und Wünsche zu äussern, die der Stadtrat dann auch gerne aufgenommen hätte. Das hat leider nicht stattgefunden. Es kamen ein paar Vorschläge wie die Nordstrasse. Demokratiepolitisch haben wir den Weg genommen, der optimaler nicht mehr geht. Wir haben die Quartiervereine involviert. Wir haben das Parlament abgeholt und dass Sie jetzt immer noch sagen, dass wir immer noch nicht richtig gehandelt haben, lässt bei mir den Verdacht aufkommen, dass Sie das Thema Parkplätze politisch belegen und alles, was vom Stadtrat kommt, per se schlecht finden und Sie nicht daran interessiert sind, das Problem wirklich zu lösen. Das finde ich sehr bedauerlich. Ich zitiere Sie und Sie sagen immer noch, dass es eine schlechte Vorlage sei. Was ist denn die wahre Haltung hinter diesen öffentlichen Aussagen von Ihnen? Informieren Sie mich doch, was wirklich das Problem ist?

Ich habe es bereits erwähnt, weshalb hier keine Vorlage gekommen ist. Auch für die breite Öffentlichkeit und die Medien nochmals, was der Hintergrund ist. Sie sind seit mehreren Jahren in diesem Parlament. Entweder verhalten Sie sich naiv oder Sie wollen es nicht sehen. Das ist die demokratische Kompetenz, wie sie lebt und ausgeführt wird. Eine Orientierungsvorlage ist das Minimum, das wir gemacht haben um Sie doch noch abzuholen.

Zum Vorschlag an der Nordstrasse. Wir haben anschliessend kostengünstige Parkplätze beim Zeughaus und im hinteren Schützenhaus. Es ist gar nicht notwendig, dass wir noch weitere Parkplätze erstellen. Dieser Ort ist auch absolut nicht zweckmässig. Es ist ein Trottoir, das heute immer noch benutzt wird und direkt daneben ein Velostreifen. Wenn dort Autos halb auf der Strasse und halb auf dem Trottoir stehen, dann ist das verkehrssicherheitstechnisch überhaupt nicht ideal und deshalb ist es weder notwendig noch zweckmässig, Parkplätze dort zu erstellen. Ich bitte Sie, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir jetzt mit einer Lösung starten.

Ich habe noch einige Punkte notiert. Till Hardmeier (FDP) spricht von einer neuen Diskriminierung von den Autofahrern in einem Quartier. Uns interessieren nur die Anwohnerinnen und Anwohner. Viele Anwohner haben heute bereits einen Parkplatz gekauft oder gemietet. Da kann man sich fragen, wer hier diskriminiert wird. Es geht um die Pendler, die wir auf die öffentlichen Parkplätze schieben wollen.

Den Quartiersvereinsvorwurf von Till Hardmeier (FDP) muss ich vehement zurückweisen. Da musst du mit deinem Quartiersverein reden, wie sie Vorstandsentscheide zustande bringen. Sie waren unsere Ansprechpartner und hatten immer Vorlaufzeit. Sie sind kompetent und kennen sich in den Quartieren aus. Sie müssen doch nicht die einzelnen Bewohner fragen.

Ein Punkt war noch, dass weitere Parkplätze aufgehoben werden. Wie schon erwähnt, in den Quartieren bevorzugen wir die Anwohner. Die Pendler sollen auf öffentliche Parkplätze und diese sollen 50 Rappen pro Stunde bezahlen. Da habe ich nichts dagegen und finde das allen Anwohnern gegenüber fair.

Schade um die Zeit, hat Markus Leu (SVP) gesagt. Ich habe gesagt, der Stadtrat hätte diese Orientierungsvorlage nicht erstellen müssen und trotzdem fühlen wir uns verpflichtet das zu machen, da wir Sie erneut an diesem Punkt abholen wollen. Es ist nicht schön, dass Sie das sagen, denn wir nehmen uns die Zeit sehr gerne, bleiben an diesem Thema und machen nicht eine Vogel-Strauss-Taktik.

Ebenfalls hast du den Ausdruck "Salamitaktik" erwähnt. Einer deiner Lieblingsausdrücke, wenn es um mich geht. Du erwähntest, dass es eine Salamitaktik wäre, wenn wir jetzt doch plötzlich keine Polizisten mehr einstellen wollen. Damals lag eine gesamtstädtische Lösung vor und jetzt sind es nur noch ein paar wenige Strassen. Da braucht es keine zusätzlichen Polizisten. Wenn dieses Problem irgendwann eine Grösse annimmt, wo wir die Kontrolle nicht mehr in gleichem Masse gewähren können, dann mache ich vielleicht einen Antrag, dass wir zusätzliche Polizisten benötigen. Das wird vorläufig sicher nicht der Fall sein. Hier bekommen wir sicherlich schnell Rückmeldungen aus der Bevölkerung aus den Quartieren, wenn Probleme vorherrschen.

Langer Rede kurzer Sinn. Wir haben in diesem Punkt richtig reagiert, haben geeignete Massnahmen geschaffen und führen diese nun durch. Ich bitte dieses Spiel von der rechten Seite aufzuhören und anerkennen Sie doch, dass wir eine gute Lösung gefunden haben. Schauen wir mal, was passiert und dann kann sich die Sicherheitsreferentin oder der Sicherheitsreferent mit Ihnen über dieses Problem unterhalten."

Matthias Frick (AL)

Votum

"Liebe SVP: Die gesteigerte Nutzung des öffentlichen Grundes ist grundsätzlich kostenpflichtig. Dazu zählt auch das Parkieren von Motorfahrzeugen. Kostenlose Parkplätze sind da unseres Erachtens nicht drin, es sei denn, Sie schaffen eine spezialgesetzliche Grundlage, die eine solche Ungleichbehandlung von Autofahrern und Nichtautofahrern explizit erlaubt, dann geht das natürlich.

Zu Till Hardmeier (FDP): Eine Orientierungsvorlage, die wir angeblich nicht beraten können. Das stimmt nicht. Beraten können wir immer. Das Geschäft an sich aber liegt

logischerweise in der Kompetenz der Exekutive. Aber, und deshalb bin ich eigentlich hier nach vorne getreten, im Kantonsrat kennen wir das Instrument der Planungserklärung. Ich weiss nicht, ob das ein verbrieftes Recht des Parlaments oder eine gelebte Praxis ist. Wenn im Kantonsrat eine Orientierungsvorlage behandelt wird, dann besteht die Möglichkeit des Parlaments quasi Aufträge an die Regierung zu formulieren im Rahmen einer solchen Planungserklärung.

Gerne hätte ich eine Antwort von kompetenter Seite, wie steht es mit einer Planungserklärung in der Stadt? Ich bin auch damit zufrieden, wenn die Antwort erst anlässlich der nächsten Sitzung kommt.

Meines Erachtens hätte die Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt anlässlich ihrer Beratung der Orientierungsvorlage solche Planungserklärungen formulieren können, die wir hier besprechen und dem Stadtrat mit auf den Weg geben können.

Ich kann mich erinnern, dass wir das bei der Atomausstiegsorientierungsvorlage im Kantonsrat gemacht haben und erst kürzlich bei der AXPO Geschichte. Ich denke, was im Kanton geht, sollte grundsätzlich auch auf städtischer Ebene funktionieren."

Ratspräsident Hermann Schlatter (SVP)

"Ich möchte darauf noch eine Antwort geben, denn ich habe das auch mit dem Stadtschreiber Stellvertreter besprochen. Grundsätzlich könnte man Nichteintreten beschliessen. Man könnte Rückweisung beschliessen. Man könnte auch dem Stadtrat Aufträge erteilen. Nur, es ist eine Orientierungsvorlage und der Stadtrat muss diese nicht umsetzen. Wenn er will, kann er, aber er muss nicht. Das Instrument, das wir haben, kennt niemand. Das ist in der Stadt Schaffhausen sehr speziell. Warum man das eingeführt hat, weiss ich nicht. Es ist eine Information ans Parlament und mehr nicht. Der Stadtrat kann sich aus den Voten etwas abholen, aber er kann zu nichts verpflichtet werden. In diesem Geschäft ist es primär das Strassengesetz, das vorgeht. Gestützt auf das Strassengesetz kann das der Stadtrat beschliessen. Genügt dir diese Antwort?"

Matthias Frick (AL)

"Nein, ich will eine richtige Antwort auf meine Frage zur Planungserklärung."

Michael Mundt (SVP)

Votum

"Ich hätte erwartet, dass ich von Stadtrat Simon Stocker auch noch zitiert werde, da es wieder einmal gegen die SVP ging. An der Budgetdebatte habe ich schon einiges erwähnt. Aus meiner Sicht darf günstig auch einmal kostenlos sein. Wenn wir doch schon eine Lösung finden würden, wo wir kostenlose Parkplätze anbieten könnten und erst noch keinen Aufwand hätten um Parkmeter aufzustellen, keine Kontrollen durchführen müssten. Gleichzeitig auch die Quartierbewohner mit ihren berechtigten Anliegen berücksichtigen könnten, indem wir die Quartierstrassen vom Durchgangsverkehr mit dieser Anwohnerbevorzugung befreien, dass nicht mehr parkiert wird. Wenn günstige Möglichkeiten und Gratismöglichkeiten vorhanden sind, werden die Autos dort und nicht in den Quartieren parkiert. Somit hätten wir den Fünfer und das Weggli.

Zu Matthias Frick (AL): Auch Velofahrer sind auf öffentlichem Grund und bezahlen keine Parkgebühren. Das wäre mir zumindest nicht bekannt. Immer gegen die Autos zu sprechen, regt mich etwas auf.

Aus meiner Sicht gehört dieses Thema in eine Vorlage und die Kredite dazu nicht einfach in die Investitionsrechnung des Budgets. So wird verhindert, dass wir in diesem Rat mitsprechen können. Ich bin sicher, das wollte Stadtrat Simon Stocker nicht und deshalb stehen wir nun vor dieser Orientierungsvorlage."

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident Hermann Schlatter (SVP)** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

Bemerkungen des Ratspräsidenten zum weiteren Vorgehen:

"Wir kommen zur Detailberatung. Die **1. Vizepräsidentin, Nicole Herren (FDP)** wird die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019, "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren" seitenweise die Seiten 1 bis 6 bis zum Antrag verlesen. Erst dann beraten wir den Antrag auf Seite 6 gemäss Orientierungsvorlage."

Die **1. Vizepräsidentin, Nicole Herren (FDP)** verliest die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019, "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren", Seiten 1 bis 6 sowie den Antrag auf Seite 6.

ANTRAG

Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungs-Vorlage des Stadtrats vom 24. September 2019 betreffend Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 24. September 2019 betreffend "Massnahmen zur Reduktion des Parkierungsdrucks in den Quartieren" mit 20 : 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Volksmotion vom 23. September 2019:
Erhalt der Busnische Post Buchthalen**

Ratspräsident Hermann Schlatter (SVP)

"Speziell begrüßen zu diesem Traktandum möchte ich den Erstunterzeichner dieser Volksmotion, Paul Niedermann. Bekanntlich kann ein Volksmotionär hier nicht sprechen, aber Sie als Parlament dürfen sprechen."

Dr. Nathalie Zumstein (CVP)**Stellungnahme des Büros**

"Heute darf ich Ihnen Bericht und Stellungnahme des Büros zur Volksmotion "Erhalt der Busnischen Post Buchthalen" vom 30. September 2019 vorstellen.

Auf Bitte des Ratspräsidenten werde ich für unsere Gäste auf der Tribüne den Motionstext und die Begründung verlesen.

"Gestützt auf Art. 13 der Stadtverfassung und Art. 55 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates beantragen wir die sofortige Überarbeitung der Pläne zur Sanierung der Buchthalerstrasse, damit die Busnischen bei der Post Buchthalen erhalten bleiben."

Begründet wird die Volksmotion folgendermassen:

"Am 3. September wurde das Postulat "Schluss mit der Verlegung von Bushaltestellen auf die Fahrbahn" vom Stadtparlament als erheblich erklärt. Der Auftrag ist klar. Die Busbuchten sollen erhalten werden. Trotzdem weigert sich die zuständige Stadträtin Dr. Katrin Bernath (GLP) und der links-grün dominierte Stadtrat, den parlamentarischen Auftrag umzusetzen. Stattdessen zieht die links-grüne Mehrheit im Stadtrat knallhart seine autofeindliche Ideologie durch. Den Autofahrern soll hinter den haltenden Bussen den "Verleider" angehängt werden. Wir wehren uns dagegen."

Dies der Text der Motion sowie die entsprechende Begründung.

Die Ratsmitglieder haben die ausführliche Stellungnahme des Büros zu dieser Volksmotion bereits schriftlich erhalten. In der Annahme, dass Sie diese zumindest überflogen haben, werde ich in meinen Ausführungen auf Details verzichten. Angaben zu Artikeln oder Absätzen der Stadtverfassung oder der Geschäftsordnung (GO) des Grossen Stadtrats können Sie in der abgegebenen schriftlichen Stellungnahme nachlesen.

Die Volksmotion wurde mit 233 gültigen Unterschriften eingereicht und fordert, gestützt auf unsere Stadtverfassung und die GO des Grossen Stadtrats, eine sofortige Überarbeitung der Pläne zur Sanierung der Buchthalerstrasse inklusive Erhalt der Busnischen bei der Post Buchthalen.

Zuerst zwei formelle Bemerkungen:

- Die Volksmotion wurde nach Ablauf der Einsprachefrist und nach Bewilligung der Mittel im Budget 2019 für das Projekt "Sanierung Buchthalerstrasse" eingereicht.
- Zudem stellt das Büro fest, dass die Begründung der vorliegenden Volksmotion den Begründungsanforderungen, wie sie in der Stadtverfassung verlangt werden, nur bedingt gerecht wird:

- der erste Satz stellt einen zutreffenden Sachverhalt fest,
- die Sätze zwei und drei könnten zwar in einer Begründung akzeptiert werden, doch betreffen sie lediglich die Frage, wie der Stadtrat mit einem erheblich erklärten Postulat umzugehen hat und,
- die Sätze vier bis sechs sind lediglich Vorwürfe beziehungsweise Behauptungen und Unterstellungen

Soviel zu den formellen Bemerkungen.

Doch nun zur Motionswürdigkeit beziehungsweise Gültigkeit dieser Volksmotion. Das Büro hat an vier hintereinander folgenden Sitzungen die Motionswürdigkeit diskutiert und sorgfältig geprüft.

Rechtlich gesehen ist - laut Stadtverfassung - eine Volksmotion wie eine Motion zu behandeln. Eine Volksmotion kann somit nicht mehr oder anderes verlangen, als eine Motion. Mit einer Motion kann der Stadtrat gemäss der GO des Grossen Stadtrats verpflichtet werden, eine Vorlage

- zur Teil- oder Totalrevision der Stadtverfassung,
- zum Erlass, zur Änderung oder Ergänzung einer Verordnung oder
- für andere in die Zuständigkeit des Grossen Stadtrats fallende Beschlüsse zu erarbeiten.

Bei der vorliegenden Volksmotion geht es aber weder um eine Revision der Verfassung noch um eine Verordnung. Auch die Frage, ob diese Volksmotion allenfalls eine andere Materie in der Zuständigkeit des Grossen Stadtrats betreffen könnte, trifft nicht zu. Die inhaltliche Ausgestaltung von Strassenbauprojekten liegt, laut Stadtverfassung, nicht in der Kompetenz des Grossen Stadtrats, und die für die Sanierung des Projekts benötigten Mittel, wurden im Budget 2019 vom Grossen Stadtrat bereits bewilligt.

Somit lässt sich die Volksmotion unter keinen der Tatbestände der GO des Grossen Stadtrats subsumieren. Die Volksmotion ist also laut Art. 55 Abs. 3 der GO des Grossen Stadtrats ungültig zu erklären.

Auch die Möglichkeit einer Neuausschreibung aufgrund einer Projektänderung wurde diskutiert. Das Büro beauftragte die Stadtkanzlei zu prüfen, ob das, aufgrund einer Einsprache abgeänderte Projekt Buchthalerstrasse nochmals hätte ausgeschrieben werden müssen. Die Stadtkanzlei prüfte die Frage einer Neuausschreibung und kam zu folgendem Schluss:

- Bei der Verlegung der Bushaltestelle auf die Fahrbahn liegt keine Projektänderung vor.
- Der Verzicht auf die ursprünglich geplante Trottoir-Verbreiterung stellt zwar eine Projektänderung dar, sie unterliegt aber nicht der Auflagenpflicht.

Basierend auf diesen rechtlichen Gegebenheiten war der Mehrheit der Büromitglieder klar, dass die Volksmotion nicht motionswürdig erklärt werden kann und für ungültig erklärt werden muss.

Es soll aber bemerkt werden, dass das Büro die Volksmotion wertschätzend anerkennt und nachvollziehen kann, dass nicht alle Bürger die rechtlichen Grundlagen haben können. Daher wird Bürgern, welche eine Volksmotion starten wollen, geraten, künftig

unbedingt auf der Stadtkanzlei vorstellig zu werden, um sich über die rechtlichen Aspekte zu informieren.

Doch zurück zur Motion und dem weiteren Vorgehen:

Eine Motion, die den Anforderungen gemäss GO des Grossen Stadtrats nicht entspricht, ist vom Büro als ungültig zu erklären, wobei der Motionär oder die Motionärin, beziehungsweise im Falle dieser Volksmotion, der Erstunterzeichner vorgängig anzuhören ist. Bei Uneinigkeit obliegt es anschliessend dem Erstunterzeichner zu entscheiden, ob er auf einem endgültigen Entscheid des Grossen Stadtrats besteht.

Diese Anhörung durch den Präsidenten des Grossen Stadtrats, Hermann Schlatter (SVP), erfolgte am 27. November 2019. Der Erstunterzeichner der Volksmotion, Paul Niedermann, erklärte sich nicht gewillt, die Volksmotion zurückzuziehen und somit liegt der Entscheid beim Grossen Stadtrat.

Das Büro empfiehlt dem Grossen Stadtrat, mit einem Stimmenverhältnis von 4 : 0 Stimmen, bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit, die Volksmotion "Erhalt der Busnischen Post Buchthalen" als "nicht gültig" zu erklären."

Dr. Nathalie Zumstein (CVP)

glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Wenn Sie erlauben, werde ich auch gleich noch die Fraktionserklärung der glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion anhängen, und da heute ja Chäschüechli-Sitzung ist, wird unsere Erklärung kurz und bündig ausfallen.

Unsere Fraktion folgt den Begründungen des Büros und empfiehlt, die Volksmotion ungültig zu erklären.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Urs Tanner (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Sie kennen meine politische Einstellung. Im Grundsatz gilt: "in dubio, pro populo" - im Zweifel für das Volk. Man muss Initiativen und Vorstösse immer so auslegen, dass man über den Inhalt diskutiert. Das geht mit diesem absolut falschen Instrument eben nicht. Ich habe in meinem Leben noch nie eine Initiative für ungültig erklärt, auch wenn ich die Idee inhaltlich abstossend oder blöd fand.

Aber es gibt Gesetzeshierarchien, es gibt eine Stadtverfassung, eine Geschäftsordnung und Strassenverkehrsgesetze wo wir die Kompetenz nicht haben. Da müssen Sie putzen und das wollen Sie heute Abend sicherlich nicht. Es ist eben keine Initiative, das hier ist das falsche Instrument. Sie gehen mit dem Weidling Skifahren. Das wäre sicherlich interessant. Die Ungültigkeitserklärung, vorgetragen von der Bürovertreterin Dr. Nathalie Zumstein (CVP), ist rechtlich absolut korrekt und ich danke der Stadtkanzlei und dem Büro für diese Abklärungen. Sonst werden Kompetenzen und Gesetze auf den Kopf gestellt, auch wenn man die Idee sympathisch finden würde.

Die Petition für das KSS Winterdach hat mit ungefähr 2'000 Unterschriften vieles angestossen und bei Petitionen dürfen Sie fast alles. Und die Fifty-Fifty Initiative, damals ein absolut lächerliches Anliegen, hat man mit der Aufnahme in die Stadtverfassung mit Art. 2a gelöst. Jetzt steht dieses wichtige Anliegen in der

Stadtverfassung. Diesen Weg müssen Sie gehen, wenn Sie mitdiskutieren wollen, dann müssen Sie korrekt handeln.

Ich danke dem Büro für seine Abklärungen und die Ungültigkeitserklärung hat hier absolut seinen Sinn. Kommen Sie auf dem rechtlich korrekten Weg. Sie werden keine Chance haben, aber man kann es ja versuchen."

Mariano Fioretti (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Die unzähligen Telefonate und Gespräche haben uns vor Augen geführt, dass wir uns weiterhin für die Anliegen der Buchthalerinnen und Buchthaler einsetzen müssen und dies auch gerne tun werden. Sie fühlen sich vom links-grünen Stadtrat im Stich gelassen und vor allem nicht ernst genommen.

Diese Äusserungen können wir zu 100% nachvollziehen und teilen ihre Bedenken vollumfänglich. Es ist für die verärgerte Bevölkerung nicht nachvollziehbar, wie der Stadtrat so stur und uneinsichtig sein kann.

Da kann ich Sie nur daran erinnern, dass nächstes Jahr wieder Wahlen sind und Sie es selbst in den Händen haben, indem Sie die Parteien oder Personen wählen, die Ihre Anliegen ernst nehmen und Sie auch in beinahe aussichtslosen Situationen vertreten und unterstützen. Wie auch immer, wir dürfen jetzt schon auf die Reaktion im Herbst gespannt sein.

Es ist unglaublich, was sich die Baureferentin alles einfallen lässt, um die Autofahrerinnen und Autofahrer zu schikanieren und die Bevölkerung zu verärgern. Noch schlimmer ist, mit welchen juristischen Spitzfindigkeiten oder besser gesagt, unbelehrbarer Sturheit eine Volksmotion als ungültig erklärt werden soll. Der links-grün dominierte Stadtrat lässt jegliches Fingerspitzengefühl vermissen, welches hier mit Sicherheit angebracht wäre. Mit dem nicht vorhandenen Fingerspitzengefühl könnte der Stadtrat von seiner Sturheit abkommen und einen Schritt auf die Bevölkerung zugehen. Es "haut" ihm wohl einen Zacken aus der nicht vorhandenen Krone.

Schade, dass der Stadtrat seine persönlichen Befindlichkeiten über das berechnete Anliegen der Bevölkerung stellt. Der Stadtrat predigt unermüdlich, dass er für die Bevölkerung da ist, doch das ist leider nur eine Floskel, nicht mehr und nicht weniger. Leider ist der Stadtrat nicht einmal in der Adventszeit bereit, den Buchthalerinnen und Buchthalern ein Geschenk mit der Beibehaltung der Busnische zu machen. Stattdessen versteckt sich die zuständige Stadträtin lieber hinter den juristischen Ausführungen, um nicht Trickserien sagen zu müssen, welche beim besten Willen auf der Strasse niemand aber wirklich niemand verstehen kann.

Bis anhin waren es die motorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, welche die Stadträtin schikanieren wollte. Doch nun wurde noch ein Brikett daraufgelegt, denn jetzt sind es die Buchthalerinnen und Buchthaler, die sich für den Erhalt der Busnischen bei der Post Buchthalen einsetzen, welche sie nicht ernst nimmt und somit mehr als nur verärgert. Die Erklärungsversuche sind leider kläglich gescheitert, denn sie konnten alle widerlegt werden.

Das Behindertengleichstellungsgesetz schreibt Bordkantenhöhen von 16 cm bis 22 cm vor. Weshalb soll an der Bahnhofstrasse eine 16-er Bordkante genügen und bei der Post muss es eine 22-er sein? Das kann man nicht erklären. Das

Behindertengleichstellungsgesetz fordert keine Autofahrerschikanen. Die neuen Busse können überwischen und verfügen über eine automatische Rampe, welche das Ein- und Aussteigen sehr erleichtert. Am Bahnhof steigen die Fahrgäste, welche die Rampe benutzen von einer 16-er Kante in die Busse ein. Ja, sie hören richtig, ab einer 16-er Kante, weil es dem Behindertengleichstellungsgesetz entspricht.

Die Baureferentin musste sich davon überzeugen lassen, dass die vorgegaukelte Gefahr hinter dem Bus nicht vorhanden ist. Die Verkehrsteilnehmer fahren in beide Richtungen also berg- und stadtwärts mit freier Sicht auf den Fussgängerstreifen zu. Die Fussgänger haben freie Sicht auf den Verkehr. In der Mitte der Strasse ist die Fahrbahn mit einer Verkehrsinsel richtungsgetreunt. Auch hier hat sich das Gespenst in Luft aufgelöst.

Man fragt sich nun zu Recht, was die wahren Gründe sind, um die Volksmotion mit juristischem Geplänkel für ungültig zu erklären. Das fragen sich auch die mehreren hundert Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Es ist nicht einfach zu erklären, denn der Stadtrat hätte es in der Hand gehabt, hier den Wunsch der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksmotion über die juristischen Ausführungen zu stellen. Nicht zu vergessen ist an dieser Stelle, dass die Stadt Auftraggeberin und Eigentümerin zugleich ist. Es wäre für den Stadtrat eine Kleinigkeit gewesen, hier dem Wunsch zum Erhalt der Busnischen nachzukommen. Das Geschäft hätte man einfach noch einmal für eine Stadtratssitzung einstellen können und Fingerspitzengefühl walten lassen.

Doch leider fehlt dem sturen Stadtrat genau das notwendige Fingerspitzengefühl und das ist nicht nur sehr bedauerlich, sondern völlig unverständlich. Es zeigt uns unverblümt das wahre Gesicht des Stadtrats.

Verständlich wird es einem erst dann, wenn man die richtigen Beweggründe kennt. Es ist die ideologische und autofeindliche Haltung, welche nicht nur zu Lasten der Bevölkerung, sondern leider auch zu Lasten der Umwelt geht. Bei dieser Sturheit fällt es einem wie Schuppen von den Augen, dass der Klimaschutz als Vorwand missbraucht wird, um in Tat und Wahrheit die ideologische autofeindliche Agenda durchzuboxen. Das hochgesteckte Ziel der Baureferentin und des Stadtrats, die Automobilisten mit der Verlegung der Bushaltestellen auf die Fahrbahn zu schikanieren, ist nicht zielführend. Sie sollte von ihrem Antiautokurs abkommen und nicht unermüdlich neue Erklärungen und Schikanen aus dem Hut zaubern.

Wie kann man künstlich Staus produzieren und andererseits keine Gelegenheit auslassen, um neue Klimamassnahmen zu fordern? Die Antwort kann sich in diesem Saal jeder selbst geben.

Nun möchte ich an dieser Stelle auch noch die Haltung des Erstunterzeichners ausführen. Er kann es nicht verstehen, dass hier künstliche Staus städtisch verordnet werden. Der links-grüne Stadtrat steht hinter den Staus, die er selbst verordnet und bedauerlicherweise zu Lasten der Umwelt gehen. Er kann es nicht nachvollziehen, dass intakte und noch relativ neue Betonplatten, welche für viel Geld angeschafft wurden, nun für viel Geld wieder entfernt werden müssen. Hier spielt der ökologische Unsinn auf einmal keine Rolle mehr.

Er fragt sich zu Recht, wo bleibt hier der Klimaschutz? Leider auf der Strecke. Der Stadtrat muss mit den finanziellen Mittel haushälterisch umgehen und nicht

Steuergelder für unnötige Projekte verschleudern. Zudem seien dem Stadtrat die Örtlichkeiten nicht bekannt, denn sonst würde er nicht stur auf die Aufhebung der Busnischen pochen. Gerade im Winter sind die Wetterverhältnisse sehr prekär, denn unmittelbar vor der Busnische bergwärts, nimmt die Steigung markant zu. Dies führt im Winter zu Situationen, wo Autos wieder umkehren müssen, weil sie auf dem Schnee oder der vereisten Fahrbahn die Steigung nicht schaffen, wenn sie anhalten und wieder anfahren müssen. Dies ist ebenfalls ein Sicherheitsaspekt, dem die notwendige Wichtigkeit gegeben werden muss. Doch das kann man nur dann beurteilen, wenn man die örtlichen Gegebenheiten kennt und mit dem Auto oder LKW unterwegs ist oder war.

Leider sind es genau diese Personen, die das sture Verhalten an den Tag legen, welche davon nicht betroffen sind und so diese Situation auch nicht beurteilen oder richtig einschätzen können. Ich hoffe, dass ich die Meinung des Erstunterzeichners einigermaßen zusammenfassen konnte.

Persönlich finde ich die Sturheit des Stadtrats sehr bedauerlich. Was die links-grüne Mehrheit des Stadtrates leider ausblendet ist, dass die autofeindliche Haltung zu Lasten der Umwelt geht. Sind es doch gerade diese Stadtratsmitglieder, die immer nach Klimamassnahmen rufen, doch selbst genau das Gegenteil umsetzen oder verordnen. Glaubwürdigkeit sieht in der Tat anders aus. Ein fliessender Verkehr wäre nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Verkehrsteilnehmer ein Gewinn. An dieser Stelle muss ich die Mitte noch etwas aufrütteln.

Wäre ein anderes Quartier betroffen, würde die Ratsmitte wohl alle Hebel in Bewegung setzen, um dieses Vorhaben zu stoppen. Stellen Sie sich vor, man würde die Busnischen an der Steigstrasse auf die Strasse verlegen. Das Chaos wäre perfekt und der Umwelt ein Bärendienst erwiesen. Das Quartier würde Sturm laufen.

Einen weiteren Sicherheitsaspekt möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch noch erwähnen. Dass es bei einer Verlegung der Bushaltestelle auf die Fahrbahn mit einer Bordkante von 22 cm nicht nur für unsere kleineren Verkehrsteilnehmer, sondern auch für Erwachsene, welche mit dem Velo unterwegs sind, zu sehr gefährlichen Situationen kommen kann, wird einfach ignoriert und ausgeblendet. So denkt man wohl nur dann, wenn man keine Kinder hat oder sich nicht um unsere Kleinsten kümmert. Das kann ich als Familienvater mit aller Deutlichkeit sagen, denn mir sind die Kinder nicht nur wichtig, nein, sie sind mir am wichtigsten und zwar egal ob eigene oder fremde Kinder. Das touchieren mit einer 22-er Bordkante kann zu schweren Verletzungen und schlimmen Unfällen führen. Das wäre mit der aktuellen Situation nicht der Fall.

Ich bitte Sie, die Volksmotion zu unterstützen und danke dafür."

Stephan P. Schlatter (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen die Meinung der Fraktion der Freisinnigen und Jungfreisinnigen überbringen.

Ohne Jurist zu sein ist es nicht einfach zu wissen, was einer Motion würdig ist und was eventuell nicht. Was aber unter allen Umständen beibehalten werden muss, ist das Mitwirkungsrecht des Souveräns. Das haben die Motionäre nun gemacht und sich zu Wort gemeldet.

Wir sehen unseren Stadtrat in der Pflicht mindestens zu versuchen, die Nase im Wind zu halten und zu spüren, wo der Schuh der Bevölkerung drückt. Bei einer Volksmotion muss im Sinne von "in dubio pro populo" entschieden werden. Wie aus der Vorgeschichte dieser Volksmotion nun wirklich unschwer zu erkennen, gibt es weite Bevölkerungsteile, die Busnischen erhalten wollen. Gerade diese Busnische in Buchthalen hat bei vielen Anwohnern einen wichtigen Stellenwert und eine Aufhebung ist ja auch bei aller Liebe nicht einzusehen.

Längst ist allen klar, dass der Stadtrat hier eine Autofahrerschikane einbauen will und Bedürfnisse von Behinderten nur als Vorwand ins Feld führt. Man versteckt sich hinter juristischen Gründen.

Also meine Dame, meine Herren. Sie wurden erwischt. Sie können die Maske fallenlassen und wieder zum Wohle der Stadt handeln. Wir sind der Meinung, dass in Anbetracht des immer grösser werdenden Unmuts gegenüber unserer komplett unempfindlichen Stadtregierung, diese Motion vom Grossen Stadtrat behandelt werden muss.

Aber liebe Frau Stadträtin, liebe Herren Stadträte, machen Sie sich doch uns und Ihnen das Leben nicht schwerer als nötig. Geben Sie ein Statement heraus, dass die Busnische so renoviert wird, dass sie behindertengerecht wird, aber erhalten bleibt und alle werden sich freuen.

Wir müssen diese Volksmotion für gültig erklären!"

Matthias Frick (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Mariano Fioretti (SVP), wenn ich dein Votum von vorhin ernst nehme, dann müsste ich glauben, dass du nach so vielen Jahren immer noch nicht weisst, was der Unterschied zwischen einem Postulat und einer Motion ist. Aber du hast das Maximum herausgeholt.

Es ist leider offensichtlich, dass das Anliegen der Volksmotionäre nicht in eine Motion gepackt werden kann. Dr. Nathalie Zumstein (CVP) hat die technische Seite verdankenswerterweise genau erklärt.

Die Forderung der Volksmotion richtet sich an die Exekutive. Und von einer Forderung an die Exekutive steht unter dem Titel "Motion" nichts in der Geschäftsordnung. Wenn Mariano Fioretti (SVP) hier im Parlament eine solche Motion eingereicht hätte, würden wir ihn einfach bitten, diese in ein Postulat umzuwandeln.

Wir würden das Postulat dann wahrscheinlich ablehnen, aber niemand könnte oder müsste die materielle Behandlung verweigern. Die AL-Fraktion muss leider aus juristischen Gründen dafür votieren, die Volksmotion für ungültig zu erklären oder zumindest dazu aufrufen, sich zu enthalten.

Das heisst aber nicht, dass wir finden, dass es unseres Erachtens einen logischen Grund gibt, die "Rettung" parlamentarischer Motionen durch Umwandlung in Postulate zuzulassen, das bei Volksmotionen gleichzeitig aber nicht zu tun. Wenn schon, dann müsste es umgekehrt sein. Denn gerade bei Volksmotionen sind oftmals Bürger am Werk, die nicht so viel Übung haben mit dem Umgang politischer Instrumente.

Eigentlich ist das ja die Raison d'Être dieses Instruments – bei Volksmotionären besteht noch eher die Gefahr, dass sie "reinlaufen".

Volksmotionäre können dann auch nicht einfach schnell-schnell einen neuen Vorstoss lancieren wie Parlamentarier, sondern sie müssen bei null beginnen und wieder Unterschriften sammeln. Wir müssen daher unseres Erachtens darüber diskutieren, ob wir nicht das Instrument des "Volkspostulats" schaffen müssen, damit sich so ein Fall nicht wiederholt.

Ich bitte Sie daher alle, unabhängig ob JUSO oder EDU, meinen Vorstoss zur Einführung eines "Volkspostulats" zu unterzeichnen. Er zirkuliert bereits.

Bevor ich schliesse, möchte ich noch anfügen, dass wir der Meinung sind, dass die für ungültig erklärte Volksmotion zwingend als Petition materiell behandelt werden muss, denn das Petitionsrecht ist grundrechtlich verbürgt und greift stets subsidiär, wenn andere Instrumente nicht greifen."

Stadtpräsident Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

"Wir sprechen heute nur über die Frage der Gültigkeit dieses Vorstosses. Zu dieser Frage äussere ich mich im Namen des Stadtrats. Ebenfalls äussern werde ich mich zum Votum von Mariano Fioretti (SVP).

Weil der Gegenstand der Motion nicht in die Zuständigkeit des Grossen Stadtrats fällt, denn es geht um die Detailgestaltung eines rechtskräftigen Bauprojekts. Stellen Sie sich einmal vor, wenn man gegen rechtskräftig bewilligte Bauprojekte Vorstösse einreichen könnte, wenn diese in der Umsetzung sind, wo wir da hinkämen.

Es geht um ein rechtskräftig bewilligtes Strassenbauprojekt und hier ist die Zuständigkeit des Grossen Stadtrats nicht mehr gegeben. Der Vorstoss muss deshalb gemäss Art. 55 Abs. 3 der Geschäftsordnung als ungültig erklärt werden. Sie haben die Ausführung vom Büro des Grossen Stadtrats erhalten. Der Stadtrat teilt die rechtliche Beurteilung der Stadtkanzlei. Die Motionäre haben für ihr Anliegen ein Instrument verwendet, das rechtlich dafür nicht verwendet werden kann.

Jetzt noch kurz zu Mariano Fioretti (SVP). Es geht hier nicht um Sturheit und Fingerspitzengefühl oder sogar um Trickereien. Es geht um die Einhaltung von Gesetzen. Für uns gelten gesetzliche Grundlagen auch in der Weihnachtszeit, auch wenn dich das überrascht. Die Vorwürfe an den Stadtrat und insbesondere an die Baureferentin empfinde ich, und das sage ich jetzt im Namen des Gesamtstadtrats, als unanständig, respektlos und unter der Gürtellinie. Ich weise diese in aller Form schärfstens zurück. Besten Dank."

Marco Planas (SP)

Votum

"Ein Wort zu Mariano Fiorettis (SVP) wöchentlichem Stadtrat-Bashing. Ein bisschen Seriosität und politischer Anstand wäre doch angebracht, auch wenn die Tribüne erfreulicherweise gut besetzt ist. Diese One-Man-Show braucht es nun wirklich nicht, gehe ich doch davon aus, die Stimmen vieler Anwesenden hast du ja eh schon.

Reden wir doch zum Thema - heute geht es um die Gültigkeit dieser Volksmotion, und nicht primär um deren Inhalt. Ich möchte das Votum von Stadtpräsident Peter

Neukomm auch nochmals untermauern. Die rechtlichen Abklärungen haben ergeben, dass diese Volksmotion aufgrund verschiedener gesetzlicher Grundlagen – die ich hier nicht wiederholen möchte – für ungültig zu erklären ist. So ist es nun mal.

Nur weil der Inhalt dieser Volksmotion einzelnen Ratsmitgliedern sympathisch ist, heisst es doch noch lange nicht, dass wir nun genau in diesem Fall "kulant" sein müssen und die Anliegen des Motionärs automatisch als motionswürdig erklären sollen.

Wenn dem nämlich so wäre, könnten wir künftig von vorherein die rechtlichen Grundlagen ausser Acht lassen und müssten ja – konsequenterweise – jede Volksmotion per se als motionswürdig erklären, da – und davon gehe ich aus – immer hehre Interessen einer Bürgerin oder eines Bürgers dahinterstecken.

Das wäre doch absurd, deshalb bleiben wir doch dabei: Wenn rechtliche Abklärungen ergeben, dass eine Motion nicht motionswürdig ist, folgen wir dieser Einschätzung und hören auf, eigene Interessen über gesetzliche Grundlagen zu stellen.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Urs Tanner (SP). Zur Erinnerung. Seine kürzlich eingereichte Motion: "Attraktivierung des Parlaments: Stellvertretungsmöglichkeit im Grossen Stadtrat". Nachdem das Amt für Gemeinden und Justiz diese Motion prüfte und befand, es fehlten die rechtlichen Grundlagen für deren Umsetzung, hat Urs Tanner (SP) seine Motion zurückgezogen. Das sollte der normale Ablauf sein. Wenn man etwas prüft und die rechtlichen Grundlagen sagen, dass es nicht motionswürdig ist, dann ist es so."

Kurt Reuter (SVP)

Votum

"Wir stecken mitten in der Adventszeit und ich habe lange den gemeinsamen Nenner in diesem Saal gesucht. Ich habe einen gefunden, bei dem mir sicher alle Parteien zustimmen könnten. Das ist, wie können wir die Stimmbeteiligung an der Urne erhöhen? Was machen wir? Wir machen genau das Gegenteil. Entschuldigung für den Ausdruck. Wir "verarschen" das Volk und diese denken dann, die Politiker machen sowieso was sie wollen. Wir gehen nicht mehr abstimmen und lassen das sein. Da sehe ich ein grosses Problem. Das Volk wird nicht mehr ernst genommen."

Iren Eichenberger (Grüne SH)

Votum

"Ich habe gehofft. Kurt Reuter (SVP) wird mir das Wort ersparen, aber sein Adventsgedanke ist nicht der gleiche wie meiner. Ich habe ein Wort aus der Bibel gefunden. Das ist mir spontan eingefallen. Allen, die mit den rechtlichen Aspekten nichts anfangen können, möchte ich sagen, dass es ein Bibelwort gibt, das heisst: "*Machet das Krumme grad.*" Da hat einer offensichtlich vorweggenommen, was wir hier als Problem mit den Busnischen diskutieren. Vielleicht sind Sie gläubig und können diesem Aspekt folgen.

Ganz kurz möchte ich noch ein persönliches Anliegen an den Stadtrat stellen. Was mich in diesem Zusammenhang sehr stört, dass immer von der Bushaltestelle "Post Buchthalen" gesprochen wird. Das macht mich "granatenwütig", weil die Post diese Poststelle schon seit Jahren geschlossen hat. Wir leben also im Nach-Post-Zeitalter oder wie man das korrekt sagt, im Post-Post-Zeitalter und darum wäre mein Vorschlag, nennen Sie diese Haltestelle doch Post-Post, das wäre viel passender."

Stefan Marti (SP)**Votum**

"Ich weiss ja nicht, wo du wohnst, Mariano Fioretti (SVP). Iren und ich wohnen in Buchthalen und wir hätten auch problemlos 120 Unterschriften sammeln können. Ich weiss auch nicht, in welcher Welt du lebst. In meiner Welt werden Kinder nicht von Randsteinen angefahren, sondern von Autos und das ist ein grosses Problem. Dann gibt es noch eine Traumwelt mit Busnischen. In meiner Traumwelt ist die Buchthalerstrasse eine Quartierstrasse, Zone 30. Ich wohne unten an der Buchthalerstrasse, wo die Leute mit den Autos hoch- und runterrasen. Ein bisschen Stau und stoppen ist hier durchaus sinnvoll. Ich komme aus einer Ausfahrt, wo man kaum etwas sieht, weil das Trottoir so schmal ist. Das ist ein weiteres Problem, weshalb man etwas machen muss. Ich komme auch aus einer Welt, wo man andersdenkende Menschen nicht schlechtmachen muss, vor allem, wenn sie links oder grün sind."

SR Dr. Katrin Bernath**Votum**

"Das Thema heute ist die Gültigkeit der Motion. Es geht um rechtliche Fragen. Wir haben den Bericht des Büros gehört. Es geht eigentlich nicht um eine inhaltliche Diskussion, deshalb hat der Stadtpräsident die Stellungnahme des Stadtrats zur rechtlichen Frage verlesen.

Weil aber verschiedene inhaltliche Punkte eingebracht wurden, die ich nicht so im Raum stehen lassen kann, möchte ich auf zwei grundsätzliche Bemerkungen eingehen und dann noch zu den Falschaussagen etwas sagen.

Erstens, ich bin enttäuscht und immer wieder erstaunt, dass politische Ziele und politisch motivierte Behauptungen über fachliche Argumente gestellt werden. Die vorliegende Lösung des Projekts wurde von Fachleuten erarbeitet, unter Berücksichtigung der Anforderungen aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere bezüglich Sicherheit und Behindertengerechtigkeit. Ich danke aber Mariano Fioretti (SVP) für die Offenheit, dass er doch ganz klar dargelegt hat, dass es um Wahlkampf geht und nicht um die sachlichen Argumente.

Zweitens bin ich auch enttäuscht, dass nicht anerkannt wird, dass das vorliegende abgespeckte Projekt eine politische Kompromisslösung ist. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir ein Projekt hatten, das die Verbreiterung der Trottoirs als bessere Lösung unter anderem bezüglich Sicherheit und Lärmschutz vorsah. Nach den Einsprachen hat der Stadtrat Entgegengekommen gezeigt und sich für einen Kompromiss entschieden, das heisst auf den Verzicht eines Teils des Projekts. Kompromisse bedingen aber immer, dass beide Seiten einen Schritt machen. Der Stadtrat hat diesen gemacht, das formelle Verfahren ist abgeschlossen, die Einwände hatten den Entscheid nicht weitergezogen, das Projekt ist somit rechtskräftig (die vorliegenden Kompromisslösung) und ich bitte alle, das und generell die Spielregeln im politischen Prozess zu akzeptieren.

Auf alle falschen Aussagen möchte ich nicht eingehen, die wir von Mariano Fioretti (SVP) aus seiner "Märlistunde" vorgetragen bekamen. Gerne möchte ich ihn einladen, sich bei den Fachleuten zu erkundigen oder falls er es dann immer noch besser weiss, sich als Ingenieur bei Tiefbau Schaffhausen zu bewerben."

Ratspräsident Hermann Schlatter (SVP)

"Ich möchte noch eine Antwort geben zur Frage, die Matthias Frick (AL) aufgeworfen hat bezüglich einer Umwandlung der Volksmotion. Die Geschäftsordnung Art. 55a Abs. 3 letzter Satz sagt: "... *Ebenso kann sie (die Volksmotion) nach der Einreichung weder geändert noch umgewandelt werden.*" Sie haben erwähnt, ob diese allenfalls in eine Petition umgewandelt werden könnte."

Matthias Frick (AL)

"Ich habe gesagt, dass diese Volksmotion allenfalls wie eine Petition behandelt werden könnte."

SCHLUSSABSTIMMUNG

Die Volksmotion wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen als ungültig erklärt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN

Während der Sitzung sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Postulat von Nicole Herren (FDP): Parkieren leicht gemacht - zum Beispiel mit SEPP
- Kleine Anfrage von Stephan P. Schlatter (FDP): Möglichkeit der Entfernung des Altbaus der KSS
- Motion von Mariano Fioretti (SVP): Schluss mit der Verlegung von Bushaltestellen aus Nischen auf die Fahrbahn!
- Motion von Matthias Frick (AL): Ausbau der Volksrechte: Volkspostulat

Dank an Rainer Schmidig (EVP)

Dann möchte ich an dieser Stelle meinem Vorgänger Grossstadtrat Rainer Schmidig (EVP) nachträglich noch herzlich für seine Unterstützung im Büro danken. Dank ihm haben Sie die Sitzungsgeldabrechnung rechtzeitig erhalten. Er war es, welcher unserer Ratssekretärin Nora Winzeler bei der Anpassung des Excel Sheets an die geänderte Geschäftsordnung geholfen hat, denn mittlerweile ist dies ein riesiges Dokument und für den gewöhnlichen User fast nicht mehr handelbar. Lieber Rainer, wir möchten deine Arbeit mit einer Flasche gutem Grappa honorieren. Herzlichen Dank!

Im Weiteren möchte ich noch den Gästen aus Hemmental danken.

Den Hemmentalerinnen und Hemmentalern ist es gelungen, mich mit ihrem Besuch zu überraschen. Sie haben den Weg aus dem Schattenloch Hemmental, liebe Ratsmitglieder der AL, in die hellerleuchtete Stadt Schaffhausen gefunden. Was am 8. Januar 2019 in Hemmental mit einer eindrücklichen Feier begann, findet heute seinen Abschluss. Erst 11 Jahre gehört Hemmental zur Stadt und schon durfte ich als zweiter in Hemmental wohnender Stadtbürger diesem Rat vorstehen.

Der grosse Rückhalt im Dorf, aber auch das heutige Erscheinen der grossen Delegation ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass der jüngste Stadtteil von Schaffhausen, das Dorf Hemmental, lebt und Frau und Mann auch nach dem Zusammenschluss gewillt sind, zusammen etwas zu erleben und zu pflegen.

Ich danke den Hemmentalerinnen und Hemmentalern für ihre Teilnahme am Überraschungsbesuch und für ihre damit erwiesene Referenz.

| |
|---|
| Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 7. Januar 2020, 17.00 Uhr statt. |
|---|

Es freut mich, Sie nun alle zum Apéro Riche einzuladen, den unser Ratskollege Grosstadtrat Beat Brunner (EDU) vorbereitet hat. Er findet im Erdgeschoss statt.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend, eine nicht zu stressige letzte Adventswoche und dann frohe und gesegnete Weihnachten sowie einen guten Rutsch ins 2020.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um **19:28 Uhr**.

Die Ratssekretärin:

Sandra Ehrat

Schaffhausen, 7. Januar 2020 saneh